

Dienstleistungsaus... - 350415-2010

25/11/2010 S229 Mitgliedstaaten - Dienstleistungsauftrag - Auftragsbekanntmachung - Verhandlungsverfahren
I.II.III.IV.VI.

D-Detmold: Straßentransport/-beförderung**2010/S 229-350415****BEKANNTMACHUNG – SEKTOREN****Dienstleistungsauftrag****ABSCHNITT I: AUFTRAGGEBER****I.1) NAME, ADRESSEN UND KONTAKTSTELLE(N)**

Stadtverkehr Detmold GmbH
Rosental 13
Kontakt: SVD GmbH
z. H. Herrn Wolfgang Janz
32756 Detmold
DEUTSCHLAND
Tel. +49 5231977-748
E-Mail: w.janz@stadtverkehr-detmold.de
Fax +49 5231977-745

Internet-Adresse(n)

Hauptadresse des Auftraggebers <http://www.stadtverkehr-detmold.de/>

Weitere Auskünfte erteilen: KCW GmbH, Büro Hamburg

Steindamm 94
Kontakt: Vergabeverfahren Stadtverkehr Detmold
z. H. Herrn Miguel Wolf (Vertreter: Herr Axel Zietz)
20099 Hamburg
DEUTSCHLAND
Tel. +49 40325775-604/606
E-Mail: vergabe-svd@kcw-online.de
Fax +49 40325775-818
Internet: <http://www.kcw-online.de>

Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für ein dynamisches Beschaffungssystem) sind erhältlich bei: KCW GmbH, Büro Hamburg

Steindamm 94
Kontakt: Vergabeverfahren Stadtverkehr Detmold
z. H. Herrn Miguel Wolf (Vertreter: Herr Axel Zietz)
20099 Hamburg
DEUTSCHLAND
Tel. +49 40325775-604/606
E-Mail: vergabe-svd@kcw-online.de
Fax +49 40325775-818
Internet: <http://www.kcw-online.de>

Angebote/Anträge auf Teilnahme sind zu richten an: DetCon GmbH

Paulinenstr. 45
Kontakt: DetCon GmbH
z. H. Herrn Wolter
32756 Detmold
DEUTSCHLAND
Tel. +49 5231977-632
Internet: <http://www.detcon.info/>

I.2) HAUPTTÄTIGKEIT(EN) DES AUFTRAGGEBERS

Städtische Eisenbahn-, Straßenbahn-, Oberleitungsbus- oder Busdienste

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND**II.1) BESCHREIBUNG****II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den Auftraggeber**

Vergabe von Busverkehrsleistungen im Stadtverkehr Detmold als Subunternehmer der Stadtverkehr Detmold GmbH.

II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung

Dienstleistungsauftrag
Dienstleistungskategorie: Nr. 2
Hauptort der Dienstleistung DEA40.

II.1.3) Gegenstand der Bekanntmachung

Öffentlicher Auftrag

II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung**II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens**

Die Auftraggeberin ist Inhaberin der personenbeförderungsrechtlichen Genehmigungen für den Linienverkehr mit Omnibussen im Stadtverkehr Detmold. Gegenstand des zu vergebenden Auftrages ist die Erbringung der Fahrleistung auf den städtischen Linien 701-709. Die Fahrleistungen werden jährlich ca. 1 750 000 km betragen und erfordern den Einsatz von 16 Solo- und 4 Gelenkbussen sowie die Vorhaltung von 2 Reservefahrzeugen (Solobusse). Die Fahrzeuge müssen neu sein und dem EEV-Standard genügen. Zu- und Abbestellungen sind in begrenztem Umfang möglich. Der Vertrag wird vom 1.1.2012 bis zum 31.7.2017 geschlossen und enthält Verlängerungsoptionen von bis zu insgesamt 18

Monaten.

II.1.6) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**
60100000

II.1.7) **Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA)**
Nein

II.1.8) **Aufteilung in Lose**
Nein

II.1.9) **Varianten/Alternativangebote sind zulässig:**
Nein

II.2) **MENGE ODER UMFANG DES AUFTRAGS**

II.2.1) **Gesamtmenge bzw. -umfang**
Ca. 1 750 000 km jährlich.

II.2.2) **Optionen**
Ja

Beschreibung der Optionen: Der Vertrag kann maximal 3 mal um jeweils 6 Monate verlängert werden.
voraussichtlicher Zeitplan für den Rückgriff auf diese Optionen: in Monaten 58 (ab Auftragsvergabe)
Zahl der möglichen Verlängerungen Bandbreite von 0 bis 3

II.3) **VERTRAGSLAUFZEIT BZW. BEGINN UND ENDE DER AUFTRAGSAUSFÜHRUNG**
Beginn: 1.1.2012 Ende: 31.7.2017

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN

III.1) **BEDINGUNGEN FÜR DEN AUFTRAG**

III.1.1) **Geforderte Kauttionen und Sicherheiten**
Gemäß Verdingungsunterlagen.

III.1.2) **Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften (falls zutreffend)**
Gemäß Verdingungsunterlagen.

III.1.3) **Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird**

III.1.4) **Sonstige besondere Bedingungen für die Auftragsausführung**
Ja

1. Der Bieter verpflichtet sich durch eine Erklärung, bei Ausführung des Auftrags lediglich sozialversicherungspflichtig beschäftigte Fahrer einzusetzen, die mindestens nach dem Tarif des zwischen dem Verband nordrhein-westfälischer Omnibusunternehmen e.V. (NWO) und der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst und Dienstleistungen (GÖD) im CGB geschlossenen Tarifvertrag in seiner jeweils gültigen bzw. nach Kündigung zuletzt gültigen Fassung entlohnt werden. Soweit zur Auftragsausführung Nachunternehmer eingesetzt werden, verpflichtet er sich, auch diesen Nachunternehmern die für ihn geltenden Pflichten aufzuerlegen und die Beachtung dieser Pflichten durch die Nachunternehmer zu überwachen.

Für die Erklärung ist die bereitgestellte Vorlage zu verwenden.

2. Der Einsatz von Subunternehmern ist in einem Umfang von bis zu 30 % der im jeweiligen Kalenderjahr vom Auftragnehmer geschuldeten Verkehrsleistungen zulässig. Die Anzahl der Subunternehmer ist dabei auf zwei Unternehmen beschränkt.

Der geplante Einsatz von Subunternehmern ist vom Auftraggeber vorab genehmigen zu lassen.

III.2) **TEILNAHMEBEDINGUNGEN**

III.2.1) **Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister**

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: 1. Der Bewerber stellt einen Teilnahmeantrag, in dem er eine Person (Name mit allen Kontaktdaten inkl. Emailadresse), die für die Dauer des Verfahrens Ansprechpartner des Bewerbers für die Vergabestelle ist, benennt. Der Bewerber weist seine Eignung für die zu vergebende Dienstleistung durch die Vorlage der nachstehend unter III.2.2) und III.2.3) aufgeführten Unterlagen nach. Die geforderten Nachweise und Erklärungen sind dem Teilnahmeantrag auf Kosten des Bewerbers in deutscher Sprache beizulegen. Der Bewerber trägt die Verantwortung für die korrekte Übersetzung der eingereichten Nachweise im Fall nicht deutschsprachiger Unterlagen. Der Auftraggeber prüft die Eignung auf Grundlage der mit dem Teilnahmeantrag übersandten Nachweise und Erklärungen.

2. Bietergemeinschaften dürfen aus höchstens drei Mitgliedern bestehen. Bietergemeinschaften müssen im Teilnahmeantrag ihre Mitglieder bezeichnen. Nachträgliche Änderungen in der Zusammensetzung der Bietergemeinschaft sind unzulässig und führen zum Ausschluss des Bewerbers vom weiteren Verfahren. Bietergemeinschaften benennen einen bevollmächtigten Vertreter. Der Vertreter muss für das gesamte Verfahren Vollmacht haben, insbesondere:

- den Teilnahmeantrag zu stellen,
- die Angebote abzugeben und zurückzuziehen,
- Verhandlungen mit dem Auftraggeber zu führen.

Die zu erteilende Vollmacht ist von jedem Mitglied der Bietergemeinschaft unterschrieben abzugeben. Hierzu ist der Inhalt der seitens des Auftraggebers bereitgestellten Vorlage zu Bietergemeinschaften zwingend zu verwenden.

3. Bietergemeinschaften haben erschöpfend z.B. durch Angabe der Gründe, die zu der Kooperation geführt haben, darzustellen, dass mit der gemeinsamen Bewerbung um den hiesigen Auftrag keine unzulässige wettbewerbsbeschränkende Abrede getroffen wurde. Hierzu ist für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft zu begründen, inwiefern sein Entschluss zur Beteiligung an der Bietergemeinschaft eine im Rahmen zweckmäßigen und kaufmännisch vernünftigen Handelns liegende Entscheidung ist, z.B. weil das jeweilige Mitglied zur Zeit der Bildung der Bietergemeinschaft überhaupt nicht oder jedenfalls zu dieser Zeit nicht über die erforderliche Kapazität zur Durchführung des hier ausgeschriebenen Auftrags verfügt oder aus anderen Gründen erst die Zusammenarbeit der Bietergemeinschaft das jeweilige Mitglied in die Lage versetzt, ein erfolgversprechendes Angebot abzugeben. Auf das Positionspapier der Kartellbehörden des Bundes und der Länder über die kartellrechtliche Beurteilung von Bietergemeinschaften bei der Ausschreibung von Nahverkehrsleistungen vom 8.11.2001 wird verwiesen.

4. Bietergemeinschaften müssen die für die Eignungsprüfung erforderlichen Unterlagen für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft einzeln vorlegen. Hiervon abweichend können sie die unter III.2.2) im sechsten Spiegelstrich genannte

finanzielle Leistungsfähigkeit - jeweils im personenbeförderungsrechtlichen Sinne - auch nachweisen, wenn nur mindestens einer der an der Bietergemeinschaft beteiligten Bewerber die dort genannten Nachweise erbringt. Jedes Mitglied der Bietergemeinschaft muss eine entsprechende Verpflichtungserklärung vorlegen, dass die finanzielle Leistungsfähigkeit dieses Bewerbers im Falle der Zuschlagserteilung tatsächlich der Bietergemeinschaft zur Verfügung steht. Hierzu ist der Inhalt der seitens des Auftraggebers bereitgestellten Vorlage zu Bietergemeinschaften zwingend zu verwenden.

5. Bewerber können sich zum Nachweis der finanziellen Leistungsfähigkeit auf die Referenzen Dritter (z.B. verbundener Unternehmen) berufen, wenn sie nachweisen, dass sie tatsächlich über deren Leistungen oder Einrichtungen verfügen können. Der Nachweis ist durch eine entsprechende Erklärung des Dritten, auf dessen Referenzen sich der Bewerber beruft, zu erbringen.

6. Die Bewerber haben ihrem Teilnahmeantrag einen Auszug aus dem Handelsregister nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Landes, in dem sie ansässig sind, beizufügen. Die Vorlage einer einfachen Kopie des Handelsregisterauszugs ist ausreichend. Er darf nicht älter als 3 Monate vom in der Bekanntmachung genannten Ende der Angebotsfrist aus gerechnet sein. Zulässig sind auch Ausdrücke aus dem elektronischen Handelsregister (www.handelsregister.de). Dabei ist der „aktuelle Ausdruck“ (AD) mit einem Überblick über alle derzeit gültigen Eintragungen oder „chronologische Ausdruck“ (CD) mit allen Daten ab Umstellung auf elektronische Registerführung zu wählen.

Eine Checkliste für den Teilnahmeantrag, die die geforderten Nachweise und die gewünschte Struktur des Teilnahmeantrags noch einmal aufführt, ist bei der in I.1 (weitere Auskünfte) genannten Stelle abrufbar. Dort sind auch die verbindlichen Vorlagen, die unterschrieben dem Teilnahmeantrag beizufügen sind, abrufbar. Die geforderten Nachweise sind für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft vorzulegen; der Bevollmächtigte der Bietergemeinschaft kann, durch die Vollmacht legitimiert, das Anschreiben für den Teilnahmeantrag (III.2.1, Nr. 1) im Namen aller abgeben. Desweiteren ist bei der genannten Stelle auch das in III.2.1, Nr. 3 zitierte Positionspapier des Bundeskartellamts abrufbar.

III.2.2) **Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit**

Der Bewerber bestätigt ausdrücklich durch eine Eigenerklärung unter Verwendung der bereitgestellten Vorlage, dass zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe

— über das Vermögen des Bewerbers weder ein Insolvenzverfahren noch ein vergleichbares gesetzliches Verfahren eröffnet wurde oder die Eröffnung beantragt oder dieser Antrag mangels Masse abgelehnt worden ist,

— sich der Bewerber nicht in Liquidation befindet,

— im Gewerbezentralregisterauszug des Bewerbers zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe keine Eintragungen über rechtskräftige Verurteilungen wegen schwerer Verstöße gegen umweltschützende Vorschriften sowie gegen arbeits- und sozialrechtliche Pflichten oder gegen Vorschriften des PBefG oder der auf diesem Gesetz beruhenden Rechtsverordnungen vorliegen,

— dass gegen den Bewerber keine rechtskräftige Verurteilung wegen schwerer Verstöße gegen strafrechtliche Vorschriften vorliegt,

— der Bewerber seiner Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung und zur Berufsgenossenschaft nach den Rechtsvorschriften des Mitgliedsstaates, in dem er ansässig ist, stets ordnungsgemäß nachgekommen ist,

— dass die Voraussetzungen der finanziellen Leistungsfähigkeit gemäß § 2 PBZugV in seiner Person gegeben sind. Die finanzielle Leistungsfähigkeit ist als gewährleistet anzusehen, wenn beim Bewerber die finanziellen Mittel verfügbar sind, die zur Aufnahme und ordnungsgemäßen Führung des ausgeschriebenen Verkehrs erforderlich sind. Sie ist zu verneinen, wenn die Zahlungsfähigkeit nicht gewährleistet ist, wenn erhebliche Rückstände an Steuern oder an Beiträgen zur Sozialversicherung bestehen, die aus unternehmerischer Tätigkeit geschuldet werden, oder wenn das Eigenkapital zuzüglich der Reserven des Bewerbers i.S.d. § 2 Abs. 3 PBZugV weniger als 9 000 EUR für das erste Fahrzeug oder weniger als 5 000 EUR für jedes weitere Fahrzeug beträgt. Bei der Ermittlung des erforderlichen Betrages ist eine Zahl von 22 Fahrzeugen zugrunde zu legen.

Beabsichtigt ein Bewerber, sich zum Nachweis seiner finanziellen Leistungsfähigkeit auf diejenige seiner Muttergesellschaft oder eines anderen verbundenen Unternehmens zu berufen, so ist in diesem Falle auch die finanzielle Leistungsfähigkeit dieses anderen Unternehmens durch Vorlage der vorstehend verlangten Erklärung darzulegen. Zusätzlich hat sich die Muttergesellschaft bzw. das andere Unternehmen durch verbindliche Vereinbarung mit dem Bewerber zu verpflichten, für sämtliche Verpflichtungen des Bewerbers aus dem Auftrag einzustehen; diese Erklärung ist mit dem Angebot vorzulegen.

Der Auftraggeber behält sich vor, im Rahmen der Prüfung der Teilnahmeanträge von Bewerbern weitere Nachweise für die Eignung zu verlangen. Der Auftraggeber behält sich ferner vor, von seinem Recht auf Einholung einer Auskunft aus dem Gewerbezentralregister nach § 150 a Abs. 1 Nr. 4 Gewerbeordnung Gebrauch zu machen.

III.2.3) **Technische Leistungsfähigkeit**

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen

1. Der Bewerber weist mit dem Teilnahmeantrag nach, dass die Voraussetzungen der fachlichen Eignung in seiner Person gegeben sind.

Der Bewerber erbringt den Nachweis über die Angabe der von ihm innerhalb der letzten 3 Jahre (Kalenderjahre oder Fahrplanjahre ab 1.1.2007) erbrachten Verkehrsleistungen im ÖSPV. Hierbei unterscheidet er zwischen Regional-, Stadt- oder sonstige Linien- sowie Bedarfsverkehren sowie freigestellten Schülerverkehren und danach, ob die Verkehre als Konzessionsinhaber oder Subunternehmer erbracht wurden. Soweit der Bewerber Verkehre als Subunternehmer erbracht hat, unterscheidet er weiter zwischen "ganztäglichem, vollständigem Betrieb von Linien" und "Spitzenverkehrsleistungen". Die Verkehre sind dann unter Angabe folgender Daten aufzulisten: Art und Umfang; jährliches Auftragsvolumen (in Nutzwagen-Kilometer), Zeitraum (seit-bis), in dem die Leistungen erbracht werden, öffentlicher oder privater Auftraggeber, Ansprechpartner (Name, Tel.) des Auftraggebers, an den sich die Vergabestelle zwecks Rückfragen wenden kann.

2. Der Bewerber weist die Zufriedenheit der Auftraggeber mit mindestens einer, maximal fünf Beurteilungen von Auftraggebern, die eine aussagekräftige Darstellung zu Art und Weise und Qualität der Auftragsausführung der genannten Verkehre enthalten, nach.

3. Der Bewerber weist nach, dass er über die notwendigen Erfahrungen und Kenntnisse verfügt, um den Verkehr auf vertraglicher Grundlage zu betreiben. Er führt diesen Nachweis über eine Darstellung seiner konkreten Erfahrungen im Ausschreibungs- und Genehmigungswettbewerb innerhalb der letzten fünf Jahre (Kalenderjahre oder Fahrplanjahre ab 1.1.2005) in Deutschland. Dabei benennt er den Umfang (Anzahl) der wettbewerblichen Verfahren im ÖPNV, an denen der Bewerber erfolgreich teilgenommen hat. Er weist die einzelnen Verfahren aus, den jeweiligen Aufgabenträger sowie einen Ansprechpartner auf Seiten dieses Aufgabenträgers samt Telefonnummer, an den sich die Vergabestelle zwecks Rückfragen wenden kann.

4. Der Bewerber weist durch Erklärung unter Verwendung der bereitgestellten Vorlage nach, dass und in welchem Umfang sein Fahrpersonal in den vergangenen 3 Jahren an Schulungen und Weiterbildungen nach dem Berufskraftfahrerqualifizierungsgesetz und in den Bereichen Kundenorientierung und Konfliktschulung teilgenommen hat.

Der Auftraggeber behält sich vor, eine Auflistung mit Angabe der von den Fahrerinnen und Fahrern in den letzten 3 Jahren abgeleisteten Fortbildungen nachzufordern.

5. Der Bewerber weist nach, dass er systematische Maßnahmen zur Qualitätssicherung ergriffen hat. Er erbringt den Nachweis durch Darstellung der von ihm zur Qualitätssicherung durchgeführten Maßnahmen und/oder den Nachweis einer Qualitätsmanagementsertifizierung.

III.2.4) **Vorbehaltene Aufträge**

Nein

III.3) **BESONDERE BEDINGUNGEN FÜR DIENSTLEISTUNGSaufTRÄGE**

III.3.1) **Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten**

Nein

III.3.2) **Juristische Personen müssen die Namen und die berufliche Qualifikation der Personen angeben, die für die Ausführung der betreffenden Dienstleistung verantwortlich sein sollen**

Nein

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) **VERFAHRENSART**

IV.1.1) **Verfahrensart**

Verhandlungsverfahren

Bewerber sind bereits ausgewählt worden Nein

IV.2) **ZUSCHLAGSKRITERIEN**

IV.2.1) **Zuschlagskriterien**

Niedrigster Preis

IV.2.2) **Es wird eine elektronische Auktion durchgeführt**

Nein

IV.3) **VERWALTUNGSINFORMATIONEN**

IV.3.1) **Aktenzeichen beim Auftraggeber**

IV.3.2) **Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags**

Nein

IV.3.3) **Bedingungen für die Aushändigung von Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen**

Die Unterlagen sind kostenpflichtig Nein

IV.3.4) **Schlussstermin für den Eingang der Angebote bzw. Anträge auf Teilnahme**

22.12.2010 - 12:00

IV.3.5) **Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Anträge auf Teilnahme verfasst werden können**

Deutsch.

IV.3.6) **Bindefrist des Angebots**

IV.3.7) **Bedingungen für die Öffnung der Angebote**

ABSCHNITT VI: ZUSÄTZLICHE INFORMATIONEN

VI.1) **DAUERAUFTRAG**

Nein

VI.2) **AUFTRAG IN VERBINDUNG MIT EINEM VORHABEN UND/ODER PROGRAMM, DAS AUS GEMEINSCHAFTSMITTELN FINANZIERT WIRD**

Nein

VI.3) **SONSTIGE INFORMATIONEN**

Interessenten, die einen Teilnahmeantrag stellen wollen, werden gebeten, sich bei der unter der im I.1 (weitere Auskünfte) genannten Kontaktstelle zu melden. Sie erhalten ein Passwort, das den Zugang zu einer Internetplattform (sharepoint) ermöglicht, auf der die in der Bekanntmachung genannten Vorlagen bereitliegen. Über den sharepoint werden auch sämtliche Bewerber- und Bieterinformationen erteilt, Bewerber-/Bieterfragen beantwortet und gegebenenfalls Änderungen in den Teilnahmebedingungen und Vergabeunterlagen mitgeteilt. Die Bewerber/Bieter sind verpflichtet, sich durch regelmäßige Einsichtnahme in den sharepoint zu informieren. Auf dem sharepoint niedergelegte Informationen gelten am nächsten Werktag (außer Samstag) als zugegangen.

Bewerber- und Bieterfragen sind ausschließlich per email an die im Anhang A genannte Kontaktstelle zu richten.

Die Teilnahmeanträge müssen in 4 identischen Exemplaren (ein Original mit rechtsverbindlicher Unterschrift und drei als solche gekennzeichnete Kopien) ausgefertigt werden. Diese Unterlagen sind in einem verschlossenen Umschlag, versehen mit dem Vermerk "nicht öffnen", an folgende Stelle zu richten: DetCon GmbH z. H. Herrn Wolter, Paulinenstr. 45, 32756 Detmold.

Der Auftraggeber beabsichtigt, mindestens 4 und höchstens 8 Bewerber zur Angebotsabgabe aufzufordern. Maßgeblich für die Auswahl unter den eingegangenen Teilnahmeanträgen der geeigneten Bewerber sind.

— Nachweise über erbrachte Verkehrsleistungen in großstädtischen Busnetzen und/oder mittel- und kleinstädtischen Stadtbussystemen mit hoher Kundenorientierung (Leistungsumfang in Nutzwagen-km) zu 30 %,

— Zufriedenheit der Auftraggeber nach Anzahl der positiven Beurteilungen (max. 5) zu 30 %,

— Nachweise und Erfahrungen im Ausschreibungs- und Genehmigungswettbewerb nach Anzahl der wettbewerblichen Verfahren im ÖPNV, an denen der Bewerber in den vergangenen 5 Jahren teilgenommen hat zu 15 %,

— Nachweis über regelmäßig durchgeführte Fahrerschulungen und Fortbildungen in den vergangenen 3 Jahren (Berufskraftfahrerqualifizierungsgesetz, Kundenorientierung, Konfliktschulung) nach Zahl und Umfang der Schulungen pro Fahrer zu 15 %,

— Art und Umfang der qualitätssichernden Maßnahmen und/oder Zertifizierungen zu 10 %.

VI.4) **RECHTSBEHELFSVERFAHREN/NACHPRÜFUNGSVERFAHREN**

VI.4.1) **Zuständige Stelle für Nachprüfungsverfahren**

Vergabekammer bei der Bezirksregierung Detmold

Leopoldstraße 15

32756 Detmold

DEUTSCHLAND
Tel. +49 5231711710
Fax +49 5231711715

VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen

Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen: Gegen Entscheidungen des Auftraggebers ist ein Antrag auf Nachprüfung durch die Vergabekammer bei der Bezirksregierung Detmold, Leopoldstr. 15, 32756 Detmold, Deutschland, zulässig. Der Antrag ist unzulässig, soweit mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Entscheidung des Auftraggebers vergangen sind (§ 107 Abs. 3 Nr. 4 GWB). Er ist schriftlich bei der Vergabekammer einzureichen und unverzüglich zu begründen. Er soll ein bestimmtes Begehren enthalten (§ 108 GWB).

VI.4.3) Stelle, bei der Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erhältlich sind

VI.5) TAG DER ABSENDUNG DIESER BEKANNTMACHUNG:
22.11.2010